Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1550 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 192. Donnerstag, 19. August 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 4/5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das sabotierte Friedenswerk.

In Belgien peitschte einst der Krieg und die Besatzungszeit die Haßwellen gegen Deutschland in einem kaum zu übersteigenden Ausmaß an. Der für das Land günstige Friede ließ den Haß abebben. Auf der anderen Seite schuf er jedoch durch das Ungerechte, was er mit sich brachte, in Deutschland eine Mißstimmung gegen den belgischen Nachbar, die in ihrer Stärke nicht minder groß war, als der Haß des einstigen Gegners. Diese deutsche Mißstimmung über den gewaltsamen Raub Eupen-Malmedys läßt sich nicht wegräumen. Auch nicht durch die schönsten Friedensreden, durch die weltschweifendsten Phrasen über die endliche Wiederkehr der Weltvernunft und eines versöhnlichen Geistes, der dem Selbstbestimmungsrecht der Völker sein — Recht geben wolle. Eine solche Mißstimmung macht ein friedliches Nebeneinanderleben beider Nationen auf die Dauer unmöglich. Besonders dann, wenn diese Nationen zum Teil stärker, zum Teil geringer aufeinander angewiesen sind. Haben aber Nationen, zwischen denen der Geist der Ungerechtigkeit und der Mißstimmung steht, das Verderbliche und Unzweckmäßige dieses feindlichen Empfindens eingesehen, so ist es die Pflicht der verantwortlichen Vertreter dieser Nationen, so sie es wirklich ehrlich mit den Völkern, deren Führer sie sind, meinen, die Hemmnisse, die den Weg versperren, zu beseitigen. Aus der ausländischen Presse, insbesondere aus den Zeitungen Frankreichs hat man erfahren, daß zwischen Berlin und Brüssel Verhandlungen schweben, die darauf abzielen, durch ein gegenseitiges Entgegenkommen, die Voraussetzungen wieder herzustellen, die allein das friedliche Zusammenarbeiten zweier Nachbarvölker gewährleisten. Eupen-Malmedy sind deutsch. Das ist eine Tatsache, die auch eine geschickt inscenierte, in ihrem Ergebnis gefälschte, angebliche „Volksabstimmung" nicht hinwegleugnen kann. Ist auch eine Tatsache, an der selbst die augenblicklich regierenden Herren in Brüssel nicht achtlos vorbeigehen konnten. Ihr Entgegenkommen an die deutschen Wünsche zeigt zum mindesten recht deutlich, daß das offizielle Belgien gewillt ist, dem deutschen Standpunkt Gerechtigkeit willfahren zu lassen. Eine solche Erkenntnis in einem ehemalig feindlichen Land, ist ein wertvoller Schritt vorwärts zur Beseitigung all des Unrechts, was ein Versailler Schattenvertrag geschaffen hat. Die Folgerungen, die die belgischen Staatsmänner aus dieser Erkenntnis zu ziehen anscheinend gewillt sind, geben der Welt ein Beispiel, dessen Sprache verstanden wird. Ein Beispiel, das Friedensarbeit, praktische Vernunft und Versöhnungsgeist heißt. Die Welt sollte sich angesichts des schier unheilbaren Wirrwarrs, in den sie gestürzt ist, über eine solche Lehre freuen. So sollte man wenigstens meinen. Leider ist diese Ansicht falsch.

In Frankreich regt man sich über die deutsch-belgischen Verhandlungen weidlich auf. Zunächst spielte man in Paris nur mit Kombinationen und Gerüchten. Aus diesem Stadium des Debattierens scheint man jetzt heraustreten zu wollen. Die Pariser Ausgabe des „Newyork Herald" glaubt schon jetzt in der Lage zu sein, Näheres über das Vertragswerk zwischen Deutschland und Belgien ausplaudern zu können. Nachdem das Blatt versichert, daß die Verhandlungen unmittelbar vor dem Abschluß ständen, gibt es einige Einzelheiten aus dem Vertragsentwurf bekannt, über deren Richtigkeit man allerdings bis zu ihrer offiziellen Bestätigung durch die vertragschließenden Mächte noch einige Zweifel hegen darf. So versichert die Zeitung Belgien solle als Gegenleistung für die Wiederabtretung Eupen-Malmedys an Deutschland die Summe von 1,5 Milliarden Goldmark erhalten, und zwar auf dem Wege der Uebernahme einer Schuldverschreibung Belgiens an Holland in dieser Höhe. Diese Zahlung solle zugleich die Rückzahlung bezw. die Aufwertung der seinerzeit in Belgien ausgegebenen deutschen Banknoten bedeuten. Wir lassen es dahingestellt, ob sich die Auslassungen des Blattes mit den Gedankengängen der deutschen und belgischen Unterhändler decken. Uns interessiert im Augenblick nur die Mitteilung der Zeitung, daß Frankreich gegen diesen Plan heftig protestiere, da er angeblich den Versailler Vertrag und auch den Locarno-Vertrag verletze. Noch mehr die Auslassungen, die Pertinax im Echo de Paris an diese „Enthüllungen" knüpft. In denen er Briand den Vorwurf macht, daß er durch die Preisgabe des alten Bündnissystems in Locarno das Signal zur allgemeinen Auflösung gegeben habe.

Erinnert man sich noch an die Worte, mit denen Briand den in Locarno so hübsch aufgeputzten Friedensgeist pries? An die Phrasen und schönen Gesten, die an den Vertragsabschluß am blauen See geknüpft wurden? Die Worte sind rasch verhallt. Aber von dem Geist, den sie atmen sollten, hat man wenig verspürt. Gibt es einen klareren Beweis für die Unversöhnlichkeit und unentwegte Abwürgungspolitik Frankreichs, als diesen Protest gegen ein Werk, das nur dem Frieden dienen soll? Eine Antwort auf diese Frage erübrigt sich.

Der italienisch-spanische Vertrag.

gu. **Berlin.** Die Veröffentlichung der italienisch-spanischen Abmachungen hat nirgends eine Ueberraschung hervorgerufen, da der Vertrag sich auf Fragen beschränkt, die die beiden vertragschließenden Länder betreffen. Aus deutschen diplomatischen Kreisen hören wir, daß die Reichsregierung sich an der spanisch-italienischen Vertragspolitik uninteressiert halte und nicht beabsichtige, sich dem Vorgehen der anderen Staaten anzuschließen, weitere Aufklärung über die Absichten in der Tangerfrage zu verlangen. Die deutsch-spanischen Beziehungen sind weiterhin sehr gute, da auf beiden Seiten vermieden wird, die Ansprüche in der Ratsfrage persönlich zu werten.

Um Eupen und Malmedy.

Uebernahme von 1,5 Milliarden belgischer Schuldverschreibungen an Holland durch Deutschland?

Belgiens Einverständnis mit Deutschland. — Pariser Schwierigkeiten.

)(**Paris.** Der Lokalanzeiger meldet: Die Pariser Ausgabe des Newyork Herald meldet, daß ein Vertrag zwischen Deutschland und Belgien über die Rückgabe der Kreise Eupen und Malmedy unmittelbar vor dem Abschluß stehe. Belgien soll als Gegenleistung die Summe von 1,5 Milliarden Goldmark erhalten, und zwar auf dem Wege der Uebernahme einer Schuldverschreibung Belgiens an Holland in dieser Höhe. Diese Zahlung bedeutet zugleich die Rückerstattung bezw. Aufwertung der seinerzeit in Belgien ausgegebenen deutschen Banknoten. Das Blatt fügt hinzu, daß Frankreich gegen diesen Plan heftig protestiere, da er den Versailler Vertrag und auch den Locarnovertrag verletze. Trotz aller Dementis habe die belgische Regierung auf diese Proteste erwidert, daß sie die Rückgabe für durchaus gerechtfertigt halte. In amtlichen französischen Kreisen sehe man die Angelegenheit als sehr ernst an, Pertinax macht im Echo de Paris Briand Vorwürfe, daß er durch die Preisgabe des alten Bündnissystems in Locarno das Signal zur allgemeinen Auflösung gegeben habe. Wenn Frankreich die Demütigung erleben müsse, daß die Grenzen im Westen früher geändert würden als im Osten und daß dann die Propaganda im Elsaß und Saargebiet verdoppelt einsetzen werde, so habe er sich das selbst zuzuschreiben.

Die Meldungen über Eupen und Malmedy sind in letzter Zeit immer häufiger in der ausländischen Presse erschienen. Das Bezeichnende an diesen Vorgängen ist, daß die Belgier sich im Gegensatz zu den Franzosen befinden und daß sich daraus die juristische Frage ergibt, ob eine derartige Grenzänderung lediglich mit Zustimmung Deutschlands und Belgiens vorgenommen werden kann oder ob dazu die anderen Signatarmächte des Versailler Vertrages hinzugezogen werden müssen. Wenn man in Paris eine Verletzung des Versailler Vertrages und des Locarnovertrages in diesen Plänen erblicken will, so ist dies eine These, die zu politischen Zwecken aufgestellt wird, die aber völkerrechtlich keineswegs haltbar ist. Von deutscher Seite wird allen diesen Meldungen nach wie vor größte Zurückhaltung entgegengesetzt, und es kann auch jetzt wieder nur erneut betont werden, daß diese Verhandlungen, deren Existenz von den deutschen zuständigen Stellen keineswegs dementiert wird, noch nicht in dasjenige akute Stadium getreten sind, das einen unmittelbaren Abschluß erwarten ließe. Die Kampagne, die von Paris aus durchgeführt wird, hat offensichtlich nur den Zweck, neue, politische und juristische Schwierigkeiten herbeizuführen, um einen Abschluß zu erschweren.

Zur Rückgabe von Eupen und Malmedy.

)(**Berlin.** Das „Berl. Tagebl." schreibt: Ein Teil der französischen Presse führt eine heftige Polemik gegen die belgische Regierung, der die Absicht einer Rückgabe von Eupen und Malmedy als Gegenleistung für eine finanzielle Beteiligung Deutschlands an der Stabilisierung des belgischen Franken zum Vorwurf gemacht wird. Es ist bekannt, daß das Heer der französischen Nationalisten in jedem Falle in Aufregung gerät, sobald ein Werk des Friedens, das den Geist von Locarno überzeugend demonstriert, in den Bereich einer vorsichtigen Erörterung rückt. Bemerkt werden aber muß, daß diesmal der Kampf mit tendenziösen Falschmeldungen geführt wird, gegen die Einspruch zu erheben ist. Eine solche Nachricht ist die Meldung der Pariser Ausgabe des „Newyork Herald", der von Deutschland die Uebernahme einer phantastischen Schuld an Belgien in Höhe von 1,5 Milliarden erwartet und die Frage Eupen-Malmedy mit der vielbesprochenen Aufwertung der deutschen Markbestände in Belgien verknüpft sehen möchte. Alle jene, die eine umfassende Verständigung Belgiens mit Deutschland wünschen, bewahren gegenüber dieser Gerüchteträgerei Schweigen. Weder auf deutscher noch auf belgischer Seite besteht Neigung, die berufsmäßigen Giftmischer in ihrem Gewerbe zu unterstützen.

*

Eine Protestschrift der französischen Regierung.

* **Paris.** Verschiedene Andeutungen der Morgenblätter lassen vermuten, daß die französische Regierung in Brüssel gegen eine etwaige Absicht der belgischen Regierung in Brüssel Protest eingelegt hat, Eupen und Malmedy an Deutschland zurückzugeben.

Echo de Paris behauptet, ein Abkommen zwischen Deutschland und Belgien über Eupen und Malmedy sei so gut wie abgeschlossen. Vermutlich habe Frankreich bereits in Brüssel die notwendigen Vorstellungen unternommen. Es sei allerdings fraglich, ob Frankreich und die übrigen Alliierten auf Grund des Versailler Vertrags und der Locarno-Verträge eine solche Konvention verhindern könnten. Vom rein juristischen Standpunkt sei die Antwort nicht klar. Frankreich könne sich nur auf die gemeinsamen Interessen beschränken und auf den französisch-belgischen Vertrag vom Jahre 1920 berufen. Auch der Newyork Herald behauptet, daß Frankreich in Brüssel einen Protestschritt unternommen habe. Der französische Protest sei in Pariser offiziellen Kreisen gestern bestätigt worden mit dem Zusatze, daß Frankreich die Situation für außerordentlich ernst halte.

*

Belgisches Dementi wegen Eupen und Malmedy.

)(**Brüssel.** (Agence Belge). Die belgische Regierung stellt formell die Meldung des Pariser Newport Herald in Abrede, daß Belgien eine Summe von 1,5 Milliarden an Holland angeblich schulde und daß gegenwärtig zwischen Belgien und Deutschland über ein Abkommen betreffend die Rückgabe von Eupen und Malmedy verhandelt würde.

*

Die Frage von Eupen und Malmedy.

London. (Funkspruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph glaubt, daß die Frage einer Wiederabtretung von Eupen und Malmedy in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses besprochen werde. Bisher hat lediglich Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit dem belgischen Mitglied der Reparationskommission Delacroix darüber gesprochen, während holländische und deutsche Bankiers sowie Wallstreet und die City von London für den Abschluß eines belgisch-deutschen Abkommens über diese Frage wünschen, befürchtet man in Paris offenbar, daß durch eine allzuausgesprochene Versöhnung zwischen Berlin und Brüssel die französisch-belgische Solidarität leiden könne. Man muß auch fragen, wo Deutschland die als Gegenleistung für die Rückübertragung von Eupen und Malmedy erforderlichen Geldbeträge hernehmen soll, die auf Grund des Dawesplanes unter die Alliierten verteilt werden müßten.

Eisenbahnunglück des D-Zuges Berlin—Hannover.

)(**Hannover.** Die Reichseisenbahndirektion teilt mit: Heute nacht um 2.10 Uhr entgleiste zwischen Leiferde und Blockstelle 169 der Schnellzug D. 8 Berlin—Hannover. Maschine und 7 Wagen entgleisten. Ein Teil stürzte den 1½ Meter hohen Damm hinunter und legte sich auf die Seite. Der 7. D-Wagen hat sich auf den 6. hinaufgeschoben und ihn vollständig zertrümmert. Bisher sind der Zugführer und 5 Reisende als tot und 8 Reisende und 2 Zugbedienstete als verletzt festgestellt. Ursache des Unfalles ist offenkundig Bahnfrevel, begangen durch Lösung eines Schienenstoßes und der Schwellenschrauben. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen. Eine Anzahl Aerzte und die Hilfszüge von Oebisfelde, Lehrte und Hannover waren in kürzester Zeit zur Stelle. Der Präsident der Reichsbahndirektion hat sich unverzüglich zur Unfallstelle begeben. — Um 9 Uhr früh wurde der Verkehr bereits wieder eingleisig aufgenommen.

Berlin. (Funkspruch nachm. 2 Uhr). Namentlich festgestellt sind bisher acht Tote. Unter den Trümmern befinden sich noch einige Tote. Die bei dem Unfall tödlich Verunglückten sind: Zugführer Jordan aus Berlin, David Rovert Ptrie aus Cambridge, Kurt Leiser aus Berlin-SO. 36, Otto Ebert aus Stettin, Reinhold Grunewald aus Berlin, Oberingenieur Richard Nann aus Dortmund, Frau Julie Stole geb. Forstreuter aus Berlin, Friedrich Schmitt-Ernsthausen aus Düsseldorf.

Die Verletzten sind: Fahrladeschaffner Weber aus Berlin, zur Zeit Krankenhaus Braunschweig, Wartesten Köberitz aus Berlin, Fräulein Klara Neuer aus Köln, zur Zeit Krankenhaus Braunschweig, Fabrikbesitzer Beyer aus Liegnitz, Wobrak Neaw aus London.

Eisenbahnunglück in Frankreich.

Paris. (Funkspruch.) Gestern abend entgleisten bei Les Andelys 5 Wagen eines Personenzuges. 1 Person wurde getötet, eine schwer und mehrere andere leicht verletzt.

Beginn der Pressebesprechungen in Genf.

Genf. (Funkspruch.) Hier trat heute vormittag die erste Gruppe der von den Völkerbundsorganen beschlossenen Sachverständigenkommission für Fragen der Presse zusammen. Die erste Sitzung wurde von dem Generalsekretär des Völkerbundes im Beisein des Chefs des Nachrichtenwesens eröffnet. Die Kommission besteht aus den Vertretern einer Anzahl internationaler Nachrichtenagenturen.

Die Mordsache Helling.

Magdeburg. (Funkspruch.) In der Mordsache Helling verlautet von zuständiger Seite, daß die Voruntersuchung abgeschlossen ist und daß die Akten der Staatsanwaltschaft zur Stellung ihrer Anträge zugegangen sind.

Keine militärische Bewertung der Handelsschiffe.

)(**Genf.** In der gestrigen Nachmittagssitzung des Unterausschusses der Abrüstungskommission wurde die militärische Bewertung der Handelsflotte mit sieben gegen fünf Stimmen bei fünf Stimmenthaltungen abgelehnt. Dafür stimmte Frankreich mit seinen engeren Verbündeten, während die englischen, amerikanischen und deutschen Sachverständigen dagegen waren.

SLUB Wir führen Wissen.